

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZWANZIGSTES JAHR
DEZEMBER 1969

12

FRITZ SÄNGER

Mehr Demokratie

Anmerkungen zu einem Regierungsprogramm

Eines der interessantesten und lehrreichsten Bücher, die bisher über die noch junge Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorliegen, beginnt mit dem Satz: „Am Anfang war *Adenauer*¹⁾.“ Es ist üblich geworden, von einer „Ära“ zu sprechen, die den Namen des ersten Kanzlers der Bundesrepublik trage und die nun beendet sei. Das ist ein großes Wort, und es erscheint um so weniger berechtigt, je weiter wir uns von dem unmittelbaren Geschehen entfernen.

In der Regierungszeit Adenauers wurde keine Ära geprägt. Der erste Kanzler hat den Stil der politischen Arbeit in einem Teil Nachkriegsdeutschlands bestimmt, und er hat die Formen der Organisation modelliert, nach der das öffentliche, politische und staatliche Leben und Tun sich mehr oder weniger exakt vollzog; er selbst hat, und zwar meisterhaft, den Apparat beherrscht, den er aufgebaut hatte, wie er seiner nach seinem Sinn bedurfte. Zwischen der von ihm geführten Regierung und dem regierten Volke aber stand eine zwar durchsichtige aber kaum überwindbare Wand. Die gesellschaftlichen Kräfte, die in Deutschland nach dem zweiten Weltkriege und nach der Diktatur des Nationalsozialismus wieder frei zu wirken begannen, hat er nicht geformt, wohl kaum erkannt; die geistigen Entwicklungen hat er nur indirekt beeinflusst. Die Strukturen der Gesellschaft bildeten sich nach ihren Gesetzen, wenngleich ihr Wachstum und ihre Position im Staate durch den Apparat des Kanzlers beeinflusst wurden.

Noch mehr als zehn Jahre nach dem Beginn des Wiederaufbaues in Westdeutschland konnte einer der Mitarbeiter Adenauers schreiben²⁾, daß „noch immer die Bundesrepublik ein Staat ohne geistigen Schatten“ sei. Die Regierung unter *Erhard* hat dann nur die Geschäfte weitergeführt und keine neue Konzeption erkennen lassen. *Kiesingers* Bemühen erscheint als ein schwacher Versuch, bei dem sich der, von dem die Richtlinien der Politik zu bestimmen gewesen wären, Schritt für Schritt dem Willen einer weit über ihre Zahl einflußreichen konservativen Gruppe unterwarf. Es wurde zwar die Notwendigkeit eines Wandels betont, aber nur wenig verwirklicht.

Die Strukturen unserer Gesellschaft aber sind reformbedürftig. Die Regierung, die aus den Wahlen vom 28. September 1969 hervorgegangen ist, steht vor der Aufgabe, diese Arbeit wenn auch nicht zu bewältigen — das kann in einer vierjährigen Arbeitsperiode

1) Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. R. Oldenbourg Verlag, München 1969, S. 1.

2) Rüdiger Altmann, Das Erbe Adenauers, Seewald Verlag, Stuttgart 1960, S. 11.

nicht gelingen — so doch in der Vielfalt und Dringlichkeit der Details jedem sichtbar zu machen, die Gesamtreform einzuleiten und das Ziel aufzustellen, das für die Menschen unserer Zeit als eine Hoffnung gilt.

Nach dem Ergebnis der Wahlen von 1969 sagen es weit mehr Menschen in Deutschland als jemals vorher, daß „der Wechsel das erfrischende Bad“ für die Demokratie sei. Diese Erkenntnis, die für einen politisch denkenden Menschen am Anfang der Einsichten stehen sollte, hätte längst geäußert werden müssen. Sie hätte einer gesunderen Entwicklung der Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik nützlich werden können. Und wenn nun ein Wechsel der in der Regierung tätigen politischen Kräfte ohne peinliche Versuche zur Vernebelung gegebener Tatsachen erfolgen könnte, ohne herabwürdigende Behauptungen, ohne Zahlengaukelei, so wäre das für dieses Land und seine Darstellung in der Welt besser als manche Vorgänge in den letzten Wochen. Diese aus dem ersten Jahrzehnt der politischen Praxis in der Bundesrepublik noch überkommenen Methoden müssen endgültig beseitigt werden — von allen Parteien in gemeinsamer Bemühung. Wer sich als Demokrat geriert, muß als Demokrat handeln, auch wenn es ihm und seinen Ansichten und Interessen zuwiderläuft.

Man sollte es nicht übersehen, daß die Entscheidung der Wähler am 28. September 1969 weit mehr politische Einsicht bezeugte als irgendeine andere in Bundestagswahlen vorher. Es ging um Bewahrung des Bisherigen, um „konservativ“ oder um die Chance für eine neue, andere Art des Regierens nach Form und Inhalt, um „fortschrittlich“. Wer den jetzt zur Koalition verbundenen Parteien seine Stimme gab, der wußte dies und gab sie so ab — getrennt in der Erststimme, geteilt in der zweiten oder gar gegen seine bisherige Haltung der größten Partei —, daß dieser Fortschritt bejaht wurde. Das ist, vom Trend völlig abgesehen, für die demokratische Wirklichkeit in diesem Lande ein Gewinn, der bemerkenswerterweise im Ausland nachdrücklicher festgestellt wurde als bei uns, die wir es vorzogen, uns mit Zahlenbeweisen zu rechtfertigen statt mit dem Zeugnis politischen Verhaltens. Hier könnte also eine neue Verhaltensweise von großer, vielleicht entscheidender Bedeutung für die Demokratie in Deutschland begonnen haben. Die neue Regierung muß anders als alle bisherigen diese Entwicklung fördern, die sie gewiß erkannt hat.

Es wurde nicht eine neue, es wurde eine andere Regierung angesteuert, als sich die Wähler entschieden. Die weit verbreitete Auffassung, daß es eine Partei gäbe, die regiert, stets und überall (Länder und Gemeinden wurden, wenn nicht übersehen, so doch kaum bewertet) und eine andere Partei, die opponiert — diese bei vielen Menschen festsitzende Meinung muß durch Tatsachen und durch Taten überwunden werden. Es muß als eine Selbstverständlichkeit erlebt werden, daß eine Regierung stets nur auf Zeit berufen wird, daß sie sich immer von neuem verantworten und bewähren muß, wenn sie am Ruder bleiben will, daß ihr Tun mißbilligt werden kann, auch von den Freunden, daß Parteien nur ein Teil des Ganzen sind, daß eine Regierung nicht der Staat ist und schon gar nicht die Nation.

Gegen diese ursprünglichen Prinzipien ist in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik, in denen ein neuer Anfang im Geiste der Charta der Menschenrechte begonnen werden sollte, in denen eine freiheitliche Ordnung sich in allen Formen und Organisationen, in Sprache und Haltung der Regierenden und der Regierten einleben mußte, von vielen Menschen, bekannten und unbekannt, führenden und verantwortlichen, gesündigt worden. Das geschah durch Reden, die im Überschwang des Bewußtseins, ein Regierender zu sein — oder auch ein Abgeordneter! — die Grenzen der Freiheit überschritten, die doch die Freiheit des anderen sein muß. Das geschah aber auch durch Handlungen, die ungesühnt geblieben sind. Das haben die wachen Bürger, das hat vor allem die Jugend begriffen, auch wenn sie das Geschehen nicht an jedem Tage im Be-

wußtsein hatten: Wer einmal lügt... Und es hat eine tiefe Wirkung getan, was zwischen Wort und Handlung zu erkennen übrigblieb.

Regieren ist nicht Machtausübung, es ist Verantwortungnehmen. Minister sind, die Herkunft des Wortes besagt es, Diener. Manchem war mahnend und warnend *Shakespeares* nützliches Wort vorzuhalten: „Das eben ist der Großen Pein, sie haben minder Vorrecht als der Nied're." Durch Jahrhunderte war das Obrigkeitliche in uns und es war unlösbarer Bestandteil deutscher Wirklichkeit. Der freie Bürger, ohne den ein Volk nicht fähig ist, die in ihm vorhandenen Kräfte zu entfalten, entwickelte sich auch nach der Einführung eines freien und allgemeinen, für alle gleichen und geheimen Wahlrechts, das ihn forderte, nur sehr allmählich. Das Pendel schwang dann weit aus, in unserer Zeit bis an die Grenzen, wo Freiheit und Verantwortung einander wie Feinde begegnen. Die Methoden des Regierens wurden als überheblich, als selbstgefällig empfunden, der Mangel an umfassender und redlicher Information als ein Zeichen der minderen Achtung des Bürgers gewertet. Das haben junge und alte Menschen freimütig geäußert, die einen in Worten, die anderen auch in Handlungen.

Es ist nicht entscheidend, ob solche Empfindungen und Erkenntnisse beweisbar sind. Allein ihr Vorhandensein bezeugt Fehler der Regierenden und läßt ein Klima erkennen, in dem Vertrauen erstickt und Glaubwürdigkeit zerstört wird. Keine Regierung kann aber darauf verzichten, daß die Mitbürger im Land sie anhören, ihr glauben und von ihren Beweggründen und Argumenten berührt werden. Das kann vor allem keine Regierung dieses Landes entbehren, für das die entscheidenden Entschlüsse über sein endgültiges Schicksal nicht zuerst in der eigenen Hand liegen und das, was es selbst durch die Entscheidungen seiner Regierung einmal wird beitragen müssen und heute täglich vorzubereiten hat, die Zustimmung aller Deutschen, wenigstens einer großen Mehrheit des Volkes bedarf. Polemik in der Art oder in dem Ausmaß, daß das Verhältnis der Parteien zueinander wie das von Feinden erscheint, ist ein Verkennen des Zwanges, daß die Zukunft dieses Volkes von allen Schichten gemeinsam zu tragen sein wird. Es wäre nur gut und richtig, wenn erkannt, zugegeben und danach gehandelt werden würde — daß die Last aber nicht von allen gleich, sondern gerecht nach den unterschiedlichen Kräften zu übernehmen wäre. Für Worte und Taten, die soziale Gerechtigkeit behandeln, haben die Menschen heute ein feines Ohr bekommen, weit mehr Menschen als je zuvor — und das ist ein Fortschritt, der zu nutzen wäre.

Eine andere Regierung in der Bundesrepublik (wie sie nun angetreten ist), wird gut daran tun, die Methoden des Umganges mit dem Wählervolk, das aus freien und selbstdenkenden Bürgern besteht, ständig kritisch auf Wirkung und auf Wahrhaftigkeit zu kontrollieren. Es wäre in der Tat ein gutes Zeichen für die Demokratisierung des Lebens hierzulande, wenn es endlich gelänge, daß nicht mehr von „denen da oben" gesprochen wird, auch nicht mehr von „denen in Bonn", sondern wenn ein ständiges Gespräch von beiden Seiten geführt werden könnte. Die einen hätten zunächst zu berichten und zu erläutern (jedoch auf Propagandamätzchen und auf Gedankenmanipulationen zu verzichten) und die anderen zuzuhören, zu bedenken und dann zu kritisieren. Jedes Tabu belastet die Brücke, die zueinander führt. Geheimniskrämerei schadet; sie entfesselt und legitimiert das Gerücht und die falsche Behauptung. Schöne Reden taugen auch an Sonntagen und auf Festen weniger als gute — das sind solche, in denen etwas ungeschminkt ausgesagt, dargestellt, erläutert, begründet und für den Hörer zugänglich gemacht wird, der Mitwisser und Mitbestimmender sein will und soll. Verständnis und Einsicht können nicht befohlen, auch nicht reglementiert werden, sie wachsen nur mit der Kenntnis der Tatsachen und der Zusammenhänge. Es ist enttäuschend, daß solche primitiven Voraussetzungen demokratischer Wirklichkeit nach zwanzig Jahren Grundgesetz noch hervorgehoben werden müssen.

Der Bundeskanzler der neuen Regierung hat, weil er nach seinen Worten diese Situation sieht, die inneren Reformen an die Spitze seines Regierungsprogramms gesetzt. Erreicht er, daß er sie einleiten kann und wird die Zeit gewährt, daß sie sich frei und ungehindert entwickeln können, so wird der Wandel zur Mitbestimmung verantwortungswilliger Bürger auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens eintreten. Dann hängt es von der Souveränität und dem Können des Bürgers ab, wo und wie stark er sich durchzusetzen vermag. Halbheiten hier oder dort würden weniger als nichts sein.

Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, wenn dargestellt werden müßte, warum die besondere Lage in der Bundesrepublik unzweideutige, übersehbar offene und mit starkem Willen vorgetragene Reformen nötig macht. Den Konservativen wird jeder Schritt, auch der kleinste, zuwider sein. Sie werden schreiende Parolen erfinden und werden wieder, wie seit einem Jahrhundert, hinter der Entwicklung herhüpfen, ein bißchen vorwärts, dann wieder verhalten oder gar zurückstreben und werden das den fortschrittlichen Geist nennen, der sie leite und für den sie mit viel Pathos Zustimmung verlangen werden.

In dieser Gegenwart ist es jedoch im technischen und wissenschaftlichen Wettbewerb mit alten und jungen Völkern in unserem Lande nicht mehr mit einer Politik der Hilfen oder gar der Almosen getan. Man weiß auch im Lager des Kapitals und des Managements, daß die Positionen von Kapital und Arbeit grundsätzlich Anerkennung verlangen, daß wirtschaftliche Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer konkreten, transparenten Gesellschaftspolitik zwingt. Die Wirtschaft unseres Landes ist im umfassenden Sinne des Wortes Volks-Wirtschaft und im guten Sinne National-Ökonomie. Zu ihr gehören die Unternehmer und die Verbraucher in gleicher Bedeutung.

Die in Gesetze zu schreibenden Formeln werden schwer zu fassen und noch schwerer zu realisieren sein. An ihnen muß sich die Wirklichkeit orientieren können. Auch in der Koalition von F.D.P. und SPD sind Gegensätze zu überbrücken, so sehr Sozialdemokraten liberal denken und Liberale soziale Pflichten anerkennen. Ein Gesetz über eine gerechte Vermögensbildung zum Beispiel kann nicht nur materielle Ziele im Auge haben, es wird auch den unwägbareren Konsequenzen gerecht werden müssen, die sich aus zunehmender wirtschaftlicher Gerechtigkeit für die Position des Bürgers im Staat und in der Gesellschaft ergeben. Mit größerer Unabhängigkeit, die der Bürger erlangt, gewinnt er, so ist zu erwarten, stärkeres Selbstbewußtsein. Das „Gewimmel“ eines freien Volkes auf freier Erde, das der ewige Faust zu sehen wünscht, ist ohne gesicherte Existenz des Individuums nicht denkbar. Die Wirtschafts- und Sozial-, Steuer- und allgemeine Finanzpolitik des Staates hat hierzu die Voraussetzungen zu schaffen und zwar in erkennbaren, wirksamen Maßnahmen, die vor allem den „kleinen Mann“, den von seiner Arbeitskraft lebenden Bürger, unmittelbar fördern.

Aber der selbstbewußte Bürger zieht, wie es menschliche Art ist, die Folgerungen nicht nur für sich: was er für seine Kinder tun kann, ist eine der nächsten Fragen, die er sich und den Seinen stellt. Eine sinnvolle nationale Ökonomie schließt die geistig-intellektuelle Vorbereitung auf Führung, Verwaltung und Produktion, auf quantitativ und qualitativ vertiefte und verbreiterte Leistung mit ein. Schule, Wissenschaft und Wirtschaft sind längst eine Vermählung in dem Sinne eingegangen, daß sie einander helfen. In unserem Lande geschah es bisher in mehrfacher Hinsicht einseitig: Was die Wissenschaft erarbeitete, kam der Wirtschaft zugute; was die Wirtschaft errang, wurde indessen nicht in gleichem Maße der Wissenschaft zum Nutzen.

Aus den Schichten, die dank einer Besserung ihrer materiellen Lebensumstände größere Chancen für ihre Kinder zu gewinnen vermögen, müssen nun durch die Vereinfachung der Zugänge zu den Schulen und Hochschulen alle fähigen Kräfte herangezogen werden. Von selbst können die Wege zu höherer Bildung und wissenschaftlichem Inter-

esse nicht jedem und nicht so vielen jungen Menschen zugänglich sein, wie für den großen Nachholbedarf der Bundesrepublik gebraucht werden. Hier ist es die Pflicht auch und vor allem der Bundesregierung, praktische Bildungspolitik zu treiben. Es gibt genug Programme, aber es gibt zuwenig Maßnahmen. Die Begrenzungen, die durch die beschränkten Kompetenzen des Bundes gegeben sind, können nur durch die Kunst des Verhandeins mit den Ländern ausgeglichen werden.

Die bisherigen Bundesregierungen haben, so ist von sachverständiger und politisch unverdächtigster Seite zu hören gewesen, „niemals einen wirklich umfassenden Anlauf zu gründlichen Gesprächen“ unternommen; es sei bei Detailerörterungen geblieben. Wie dem auch sein mag: Von einer Regierung, die weiß, daß mit einer Wiedererrichtung einst gültiger Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft, mit einer gewinnbringenden Wirtschaft und einer vollbeschäftigten Arbeitnehmerschaft allein die Zukunft des Landes nicht zu sichern und die Wohlfahrt nicht zu erhalten sind, wird mit allem Fug erwartet werden können, daß sie die im Lande vorhandenen Kräfte, also auch die Möglichkeiten der auf ihre Selbständigkeit bedachten Länder, aber auch die Möglichkeiten der auf ihre weltweite Konkurrenzfähigkeit bedachten Wirtschaft, in vollem Umfange dafür heranzieht, daß die finanziellen, die baulichen, die personellen und die wissenschaftlich-materiellen Voraussetzungen für eine schnelle und kraftvolle Förderung von Forschung und Lehre und für eine sinnvolle und übersehbare Organisation der zur wissenschaftlichen Mitarbeit führenden schulischen Institutionen entstehen.

In unserem Lande sind die Bürger nicht verschwunden, die auch heute — mehr polemisch, so möchten wir hoffen, als wahrhaftig — öffentlich fragen, wie sich denn der Kanzler der Bundesrepublik „mehr Demokratie“ vorstelle, die er sich vorgenommen habe. Bescheidenheit ist wahrlich eine Tugend — hier wäre sie unangebracht wie sonst kaum irgendwo. Wer zufrieden ist damit, daß seine Kinder einen Studienplatz gefunden haben, daß seine eigene soziale Position ihm einen Aufstieg bestätigt und ein „gutbürgerliches“ Leben ermöglicht, wer die Schornsteine rauchen und die Räder rollen sieht, wer aus allem schließt, daß wir es herrlich weit gebracht haben, der weiß nicht, was in der Welt draußen vor sich gegangen ist und sich tut. *Wirklich, wir müssen jetzt erst richtig anfangen.*